

FORUM

Leserecho & Pressestimmen

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Selbstbedienung

Der neue Job des Altpräsidenten.

Alle Politiker aller Parteien sind hochmotiviert, Gehälter in ungeahnter Höhe vor, während und nach ihrer Amtszeit zu erfinden. Diese Selbstbedienungsmentalität gehört an den Pranger gestellt und gestoppt. So auch der „Ehrensold“ eines Altbundespräsidenten Wulff, der sich nicht an die Abmachungen hält. So ein Verhalten beleidigt jeden Hartz-IV-Empfänger und jeden Steuerzahler. Also alle in diesem Land.

Norbert Götte, Essen

Keine Änderung

NRW bei Organspenden auf dem letzten Platz.

Wenn die Stiftung Patientenschutz meint, dass das Transplantationssystem in staatliche Hände gehört, sollen sie doch einfach mal an den Eierkandale und den Dieselskandale denken. Ich kann nicht glauben, dass sich was ändern würde. Als dankbarer und glücklicher Organempfänger, für den nach fast zehnjähriger Dialyse ein neues Leben begann, plädiere ich für die Widerspruchslösung, nur dann wird sich etwas ändern.

Wilfried Fritsch, Essen

Bayernbonus

Videobeweis sorgt für Irritation.

Wäre der Treffer für den BVB in einer vergleichbaren Situation gefallen, wäre er auch mit Videobeweis nicht anerkannt worden. Die Bevorzugung der Bayern durch die Schiedsrichter beginnt schon vor Saisonanfang. Das kann ja heiter werden.

Thomas Scholten, Bochum

Kommt Freude auf

Eierskandal: Belgien wusste früh vom Gift.

Wenn man an die maroden Kernkraftwerke denkt, da kommt richtig Freude auf!

Manfred Dorra, Gelsenkirchen

Bitte senden Sie Ihre Meinung mit Namen und Wohnort an meinungsforum@waz.de

Wir behalten uns das Recht vor, Ihre Einsendung zu kürzen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

PRESSESTIMMEN

Die Anklagebank, auf der Stephan Weil jetzt sitzt, müsste ziemlich lang sein, damit alle Politiker von Union, SPD, FDP und Grünen, die im Abgasskandal „Haltet den Dieb“ rufen und selbst Mitverantwortung tragen, darauf Platz hätten. Ob Stuttgart, München, Ingolstadt, Köln, Berlin – von Hannover sind die fürs Auto wichtigen Standorte alle nicht weit weg. Das müsste die Wahlkämpfer bremsen, in Sachen Diesel voller Abscheu und Empörung mit dem Finger auf die politische Konkurrenz zu zeigen – eigentlich.“

„Stuttgarter Zeitung“ zu Weil

Nicht das tatsächliche Risiko wird bewertet, sondern Homosexuelle werden pauschal als Risikogruppe gesehen. So ist ein schwules Paar, das seit Jahren in einer monogamen Beziehung lebt, vom Spenden ausgeschlossen. Ein heterosexueller Mann mit regelmäßig wechselnden sexuellen Partnerinnen nicht. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen.“

„Kölner Stadtanzeiger“ zu Blutspenden von Homosexuellen



Das Ruhrgebiet ist sein Labor

Wie es sich in einer Metropole lebt, dazu forscht Thorsten Wiechmann

Was er im Ruhrgebiet beobachtet, interessiert Metropolen auf der gesamten Welt: Thorsten Wiechmann, Dortmunder Professor für Raumordnung. FOTO: ROTTMANN

Von Christopher Onkelbach

Dortmund. Von einer Metropole ist hier weit und breit nichts zu sehen. Die automatische Hochbahn gleitet durch eine grüne Senke von der Uni Dortmund in Richtung Campus Süd. Die tristen Betonklötze der Universität bleiben zurück, die Bahn schaukelt ihre Passagiere durch die Landschaft – als würde man die Stadt und das Ruhrgebiet hinter sich lassen. An Metropolenforschung denkt man hier zuletzt.

SERIE

Zukunftsforscher im Ruhrgebiet

Heute: Chancen einer Metropole

Aber genau dies ist das Thema von Thorsten Wiechmann, der aus seinem Bürofenster im dritten Stock einen weiten Blick über das südliche Ruhrgebiet genießt. Von hier aus will der Professor für Raumordnung zusammen mit einem Team von Wissenschaftlern verschiedener Fachrichtungen erforschen, welche Wege das Ruhrgebiet künftig nehmen kann, wo die drückendsten Probleme liegen, die Herausforderungen und Chancen.

„Das Ruhrgebiet jammert auf hohem Niveau“, lautet ein häufig wiederholter Vorwurf. Bürger des Ruhrgebiets würden lieber auf Hilfe von außen warten, statt selbst anzupacken. Ist das so? „Natürlich

steht das Ruhrgebiet vor großen Problemen, der Strukturwandel ist eine Daueraufgabe“, sagt Wiechmann. Aber die Region habe das Klischee vom Kohlenpott abgelegt. „Wer glaubt, das Ruhrgebiet sei das industrielle Zentrum in NRW, hat die Entwicklung der letzten 20 Jahre verschlafen: Das Revier ist auf dem Weg zu einer Dienstleistungsregion. Logistik, Energie, High-Tech-Unternehmen, Hochschulen – das sind die Stichworte.“

In China schaut man aufs Revier

100 Professoren der drei großen Universitäten Dortmund, Bochum und Duisburg-Essen haben sich nun zusammengefunden, um ihre Fähigkeiten in dem gemeinsamen „Kompetenzfeld Metropolenforschung“ zu bündeln. Das Ruhrgebiet dient ihnen dabei als „Real-Labor“, in dem sich die Schwierigkeiten und Chancen eines großen Ballungsraums studieren lassen. Zum

Drei unter einem Dach

Seit 2007 arbeiten die drei Ruhrgebietsuniversitäten unter dem Dach der Universitätsallianz Ruhr zusammen. Es wurden über 100 Kooperationen in Forschung, Lehre und Verwaltung gestartet. Mit mehr als 100 000 Studierenden und knapp 1300 Professoren gehört die UA Ruhr zu den größten Wissenschaftsstandorten in Deutschland.

Beispiel das Mammutprojekt des Emscherumbaus. „Mit einem Volumen von fünf Milliarden Euro ist das eine der größten Infrastrukturmaßnahmen in Europa. Sie wird den Grundstein legen für eine neue Regionalentwicklung“, so Wiechmann. Das werden die Forscher wissenschaftlich begleiten.

Sie stellen sich Fragen wie: Welche Auswirkungen hat der Emscherumbau auf die Stadtquartiere? Wie gestaltet sich die Wertentwicklung der Grundstücke? Welche gesundheitlichen Auswirkungen hat das Vorhaben? Das ist nicht nur eine Aufgabe für Stadtplaner und Ingenieure, sondern auch für Mediziner, Sozialwissenschaftler, Ökonomen oder Sportwissenschaftler. Die Erfahrungen werden auch nach außen getragen, da andere Regionen in der Welt ähnliche Probleme haben. „China, Nordamerika, Ostasien – dort trifft die Idee einer alten Industrieregion auf großes Interesse.“

Die Metropolenforschung an den drei Universitäten, die vor zehn Jahren zur Universitätsallianz Ruhr (UA Ruhr) zusammengefasst wurden, soll sich zu einem international sichtbaren Zentrum auf diesem Gebiet entwickeln. Die Themen sind vielfältig: Energieeffizienz, Klimaanpassung, Verkehr, Wasserkreisläufe, Digitalisierung, Zuwanderung, Wohnen, regionale Steuerung und so fort. Jede Uni bringt Stärken ein. So ist die Ruhr-Universität Bochum herausragend in den Sozialwissenschaften und der

Geografie. Die TU Dortmund verfügt über die größte und leistungsstärkste Forschungsstätte für Raumplaner in Europa. An der Uni Duisburg-Essen befassen sich Wissenschaftler seit langem am Profilschwerpunkt „Urbane Systeme“ mit Verkehr, Logistik und Umweltforschung.

Kritische Entwicklung der Stadtteile

Eine der Zukunftsfragen sei die soziale Spaltung des Reviers: „Der Süden ist relativ wohlhabend, die Bevölkerung ist homogener, es gibt weniger soziale und ökologische Probleme.“ Ganz anders nördlich des „Sozialäquators A40“. Dort ballen sich Schwierigkeiten: Brachflächen, marode Stadtquartiere, Arbeitslosigkeit. „Wir müssen höllisch aufpassen, dass uns nicht ganze Quartiere entgleiten“, sagt Wiechmann. Wenn steigende Miet- und Immobilienpreise alteingesessene Bewohner aus einem Viertel drängen, leide die gesamte Stadt unter einem Verlust von Identität, Kultur und sozialem Zusammenhalt. Dies zu gestalten oder gar aufzuhalten, seien zentrale Aufgaben für das Ruhrgebiet, um im Wettbewerb der Metropolen zu bestehen.

Wiechmann gibt sich zuversichtlich. „Das Ruhrgebiet ist eine Region, die Transformation kann und innovative Ideen hat“, sagt er. Zehn Jahre hat Wiechmann an der Uni Dresden gearbeitet – „das ist eine gute Uni und eine tolle Stadt. Aber da ist sonst nicht viel.“ Das macht den Unterschied.

Clement ringt für NRW um Brexit-Erbmasse

Ex-Ministerpräsident soll EU-Arzneimittelagentur mit 900 Jobs von London nach Bonn holen

Von Tobias Blasius

Düsseldorf. Als Wolfgang Clement am Montagmorgen die NRW-Staatskanzlei im Düsseldorfer „Stadttor“ betritt, bringt das gläserne Hochhaus den 77-Jährigen noch immer ins Schwärmen: „Das kann man gar nicht ablehnen, das ist unschlagbar“, sagt er.

Vor knapp 20 Jahren ist Clement hier als Ministerpräsident eingezogen, um ein Zeichen der Modernität zu senden. Kritiker monierten seither, dass eine Regierungszentrale nicht in zwei gemietete Büroetagen zwischen Anwaltskanzlei und Zahnarzt-Praxis gehöre. Der neue Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) hat in einer seiner ersten Amtshandlungen entschieden, die Staatskanzlei ab Herbst wenige Hundert Meter weiter ins histori-

sche „Landeshaus“ an die Rheinufer-Promenade zu verlagern.

Clement ist jedoch am Montag an seine alte Wirkungsstätte eingeladen worden, um einen Umzug ganz anderer Art zu kommentieren. Bundesgesundheitsminister Herrmann Gröhe (CDU) hat den früheren SPD-Mann als „Sonderbeauftragten“ gewinnen können, um die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) nach Bonn zu holen. Mit dem Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union wird die EU-weite Zulassungsstelle aus London umgesiedelt. NRW will zum Brexit-Gewinner werden. Es geht um 900 hoch qualifizierte Arbeitsplätze und um Kongresse, zu denen jährlich 36 000 Experten anreisen.

Wahl-Bonner Clement soll seine Kontakte nutzen, um die Vorzüge der international ausgerichteten



Wahl-Bonner und nun Sonderbeauftragter: Wolfgang Clement. FOTO: DPA

Bundesstadt und der dichten Forschungslandschaft NRW nach Europa zu tragen. Im November wird der Rat der EU-Außenminister in wohl mehreren Wahlgängen entscheiden, wo die Europäische Arzneimittelagentur ab März 2019 die Arbeit aufnimmt. Gleich 19 Städte haben sich beworben, darunter so klangvolle Namen wie Paris, Kopenhagen, Amsterdam oder Warschau.

Als Nachteil könnte sich für Bonn erweisen, dass Frankfurt Favorit ist für die Neuansiedlung der EU-Bankenaufsicht. Deutschland wäre damit bereits an der Brexit-Erbmasse beteiligt. Clement ficht das nicht an. Bonn sei „routiniert in Umzügen“ und wisse seit der Verlegung von Bundestag und Bundesregierung nach Berlin, wie man eine Organisation schnell wieder arbeitsfähig bekomme. Laschets Regierung hat bereits per Kabinettsbeschluss festgelegt, dass sich NRW an möglichen Kosten der Ansiedlung in Bonn zehn Jahre lang beteiligen werde.

Der immer noch drahtige Clement erledigt den Sonderbeauftragten-Job ehrenamtlich und lässt sich nicht davon abhalten, jetzt erst einmal in den Urlaub zu fahren. Dort werde er jedoch, verspricht er, „die halbe Regierung Österreichs treffen“.

Hochhäuser: NRW gibt Entwarnung

Ministerin: Kein Anlass für mehr Brandschutz

Düsseldorf. Die tödliche Brandkatastrophe im Londoner Grenfell Tower im Juni ist für die NRW-Landesregierung kein Anlass für neue Schutzmaßnahmen. „Die Instrumente der Brandverhütungsschau der Gemeinden und der wiederkehrenden Prüfungen der Bauaufsichtsbehörden funktionieren“, stellte NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU) in einer Antwort auf eine SPD-Anfrage fest.

In erster Linie seien allerdings die Eigentümer dafür verantwortlich, dass die Sicherheitsanforderungen an Außenwandbekleidungen von Hochhäusern auch eingehalten und die Fassaden regelmäßig kontrolliert würden. Die Fassadendämmung des Grenfell Towers hatte den Brand beschleunigt, der über 80 Menschen das Leben gekostet hatte.

In NRW habe es 2016 knapp 2400 Hochhäuser gegeben, berichtete Scharrenbach. Dabei handle es sich sowohl um Wohnhäuser als auch um Büro- und Verwaltungsgebäude, die mehr als 22 Meter hoch sind. Der Landesregierung seien keine Hochhausbrände bekannt geworden, die mit Fassadenverkleidungen zusammenhängen. „Seit 1986 müssen Außenwände von Hochhäusern in allen ihren Teilen aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen“, erläuterte die Ministerin.

Unterhalb der Hochhausgrenze gab es zwischen 2005 und 2016 nach Angaben der Ministerin in NRW allerdings 14 Brände, bei denen Fassadendämmungen und deren Konstruktion eine Rolle gespielt hätten. Dabei seien insgesamt acht Menschen ums Leben gekommen und 37 verletzt worden. dpa

Polizei mahnt Braunkohle-Gegner

Aachen. Knapp einen Monat nach den G20-Krawallen in Hamburg ermahnt die Polizei Aachen Teilnehmer einer mehrtägigen Anti-Kohle-Demonstration im Rheinland zum friedlichen Protest. In einem Video sagte Polizeipräsident Dirk Weispach: „Demonstrationen, demonstrative Aktionen gehören zur Demokratie. Sie sind ein wichtiges Element der Meinungsbildung. Nicht dazu gehören Straftaten und Gewalt.“ Das Bündnis „Ende Gelände“ hat für Ende August mehrere Aktionen gegen den Braunkohle-Tagebau im Rheinland angekündigt. Rund 7000 Klimaschützer werden erwartet. Die Polizei schließt gewaltsame Proteste nicht aus. epd

Neue Spezialeinheit gegen Geldwäsche

Essen. Die NRW-Landesregierung will im Kampf gegen organisierte Kriminalität, Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Terrorfinanzierung die Zusammenarbeit von Landeskriminalamt, Staatsanwaltschaften und Steuerfahndung verstärken. „Gemeinsam mit Innen- und Justizministerium werden wir uns in einer Taskforce so eng und unbürokratisch wie möglich vernetzen“, sagte Lutz Lienenkämper (CDU) der Zeitung „Die Welt“. Die Einheit solle ähnlich arbeiten wie die bundesweit einzige Sonderermittlungsgruppe, in der Polizei und Steuerfahnder seit 2015 Steuerkriminalität verfolgen. Sie bescherte NRW in kurzer Zeit Einnahmen von 144 Millionen Euro.